

VERFAHRENSHILFE Antrag

Landesverwaltungsgericht Niederösterreich

Rennbahnstraße 29 Stiege B
3109 St. Pölten

Im Wege der Behörde:

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen
die Information auf der letzten Seite.
**Dieser Antrag ist gemäß § 14 TP 6 Gebühren-
gesetz 1975 grundsätzlich gebührenpflichtig.**

Hinweis zum Ort der Einbringung:

Der Antrag ist ab Erlassung des Bescheids bis zur Vorlage der Beschwerde bei der **Behörde**, die diesen ausgestellt hat, sonst ab Vorlage der Beschwerde beim **Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

Für Verfahren über Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt ist der Antrag unmittelbar beim **Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe Vermögensbekenntnis zur Erlangung der Verfahrenshilfe für das verwaltungsgerichtliche Verfahren

I. Antrag

WICHTIG: Um eine rasche Bearbeitung Ihres Antrags zu ermöglichen, müssen Sie dieses Formular wahrheitsgemäß, richtig und vollständig ausfüllen. Nichtzutreffendes ist mit „nein“, „keine“ oder „null“ auszufüllen oder der entsprechende Punkt zu streichen; andernfalls sind Ihre Angaben unvollständig. Lesen Sie daher bitte zuerst die Information am Ende dieses Formulars!

Soweit sich die in diesem Formblatt verwendeten Bezeichnungen auf natürliche Personen beziehen, gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

I.1. Angaben zur Person und zum Gegenstand des Antrags:

Ich

| | | | |
|--------------------------------|--|---------------------|--|
| Vor- und Nachname ¹ | | | |
| Anschrift ² | | | |
| Geburtsdatum | | Staatsangehörigkeit | |
| Familienstand | | Beschäftigung | |

¹ Sonstige Antragsteller (zB OG, GmbH, Verein) haben die jeweils entsprechenden Angaben zu machen und - neben den eigenen - gegebenenfalls auch Vermögensbekenntnisse (sh Pkt II.) der an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten (zB Gesellschafter) abzugeben.

² Jede Änderung der Anschrift (Abgabestelle für amtliche Schriftstücke) der antragstellenden Partei ist dem Landesverwaltungsgericht unverzüglich mitzuteilen.

beantrage, das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich möge mir zur Vertretung meiner Interessen im Beschwerdeverfahren betreffend den Bescheid

| | |
|-------------------|--|
| des/der (Behörde) | |
| vom | |
| Geschäftszahl | |
| zugestellt am | |

die Verfahrenshilfe entsprechend dem in Pkt. I.5. beantragten Umfang, jedenfalls durch Beigebung eines Rechtsanwaltes, bewilligen.

Kopie des Bescheids unbedingt beilegen!

I.2. Für den Fall einer Vertretung

- gesetzlicher Vertreter (bei minderjährigen Antragstellern oder juristischen Personen)
- Vorsorgebevollmächtigter
- Erwachsenenvertreter

| | |
|-------------------|--|
| Vor- und Nachname | |
| Anschrift | |

I.3. Sprachkenntnisse

Ich spreche die deutsche Sprache

- ausreichend
- nicht ausreichend und brauche einen Dolmetscher für nebenstehend angegebene Sprache:

| |
|--|
| |
|--|

I.4. Rechtssache

Ich benötige die Verfahrenshilfe

- um eine Beschwerde zu erheben.
- um einen Vorlageantrag zu stellen.
- um einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens/einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu stellen.
- zur Vertretung im gesamten verwaltungsgerichtlichen Verfahren.
- zur Vertretung bei der Verhandlung.

Bitte führen Sie genau aus, worum es in der Rechtssache, für welche Sie Verfahrenshilfe beantragen, geht und schildern Sie den Sachverhalt, auf den Sie sich stützen.

| |
|--|
| |
|--|

I.5. Umfang der Verfahrenshilfe

Ich beantrage die **einstweilige Befreiung** von

- den Stempelgebühren, Eingabegebühren und anderen bundesgesetzlich geregelten staatlichen Gebühren.
- den Kosten von Amtshandlungen außerhalb des Gerichts.
- den Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher und Übersetzer.
- den notwendigen Barauslagen des der Partei beigegebenen Rechtsanwalts.
- den Reisekosten (Anreise zur mündlichen Verhandlung, sofern die persönliche Anwesenheit des Beschwerdeführers zur Einvernahme oder zur Erörterung des Sachverhalts vom Gericht angeordnet wurde).
- den Kosten für die Vertretung durch einen Rechtsanwalt.

Ich ersuche um Bestellung des Rechtsanwalts:³

I.6. Begründung für den Antrag

Diesen Antrag begründe ich wie folgt (zu den Bewilligungsvoraussetzungen vgl. die Information auf der letzten Seite):

Führen Sie die Gründe an, warum Sie die vorläufig unentgeltliche Beigebung eines Verfahrenshilfeanwalts beantragen (zB zu erwartende besondere Schwierigkeiten im Verfahren in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht; Verfahrensverlauf, der sich Ihrer Übersicht und Einsicht entzieht oder entziehen könnte).

³ Dieses Feld muss nicht ausgefüllt werden, zumal kein Anspruch auf Bestellung eines bestimmten Rechtsanwalts besteht. Den Wünschen einer Partei über die Auswahl des Rechtsanwalts ist im Einvernehmen mit dem namhaft gemachten Rechtsanwalt jedoch nach Möglichkeit zu entsprechen (§ 8a Abs 6 VwGVG).

II. Vermögensbekenntnis zur Erlangung der Verfahrenshilfe

II.1. Angaben über die Person

| | | |
|---|------------|---------------------|
| Vor- und Nachname, akademischer Grad | | |
| Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | | |
| Geburtsdatum | Geburtsort | Staatsangehörigkeit |
| Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden | | |
| Beruf/Beschäftigung | | |

II.2. Wohnverhältnisse

| |
|---|
| 1. Ich bewohne <input type="checkbox"/> im eigenen Haus <input type="checkbox"/> in einer Genossenschaftswohnung <input type="checkbox"/> in einer Dienstwohnung <input type="checkbox"/> in einer Eigentumswohnung <input type="checkbox"/> in einer Mietwohnung <input type="checkbox"/> in untergemieteten Räumen folgende Wohnräume (Anzahl und Art der Räume inkl. Größe in m ²): |
| 2. Ich habe für die Benützung der Wohnung (einschließlich Betriebs-, Strom- und Heizkosten) monatlich _____ Euro zu zahlen und schließe als Beleg bei: |

II.3. Einkommen

| | |
|--|------------|
| Ich habe folgendes Einkommen: | |
| 1. als unselbständig Erwerbstätiger beim Arbeitgeber (Name und Anschrift): <input type="checkbox"/> monatliches <input type="checkbox"/> wöchentliches <input type="checkbox"/> tägliches Einkommen, einschließlich aller Zulagen und Beihilfen, nach Abzug der öffentlich-rechtlichen Abgaben und Beiträge, ohne Abzug der Schulden von | _____ Euro |

| | |
|--|------------|
| 2. als selbständig Erwerbstätiger ein jährliches Reineinkommen von | _____ Euro |
| 3. als <input type="checkbox"/> Pensionist <input type="checkbox"/> Rentner <input type="checkbox"/> Fürsorgeempfänger (z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, sonstige Zuschüsse) von monatlich Auszahlende Stelle: | _____ Euro |
| 4. sonstiges in den vorstehenden Punkten nicht aufgezähltes Einkommen, wie z.B. Leibrente, Ausgedinge, Einnahmen aus Vermietung, Untervermietung, Verpachtung (Unterhaltsansprüche siehe Abschnitt VI) von <input type="checkbox"/> täglich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich | _____ Euro |
| Als Einkommensnachweis ist beigegeben (Lohn-, Gehaltsbestätigung, Einkommenssteuerbescheid, Abschrift der Einkommensteuererklärung, Empfangsabschnitt, Bestätigung der Pensionsversicherungsanstalt, Bestätigung des AMS): | |

II.4. Vermögen

Ich habe folgendes Vermögen:

| |
|---|
| 1. Liegenschaften <input type="checkbox"/> Grundstück <input type="checkbox"/> Haus <input type="checkbox"/> Wohnungseigentum Ort der Liegenschaft: eingetragen im Grundbuch _____ der Katastralgemeinde unter der Einlagezahl _____ Letzter steuerlicher Einheitswert (Angabe des Finanzamtes und des Aktenzeichens) Höhe des Jahresertrages: _____ Euro |
| 2. Unternehmen (Art, Ort, Name oder Firma): Letzter steuerlicher Einheitswert (Angabe des Finanzamtes und des Aktenzeichens): |
| 3. Bargeld in der Höhe von: _____ Euro |
| 4. Einlagebücher Bank/Sparkasse: _____ Nummer des Einlagebuches: _____ Höhe der Einlage: _____ Euro |

| | | |
|---|-----------------------|--|
| 5. Sparkassen- oder Bankkonto | | |
| Bank/Sparkasse: | Nummer des Kontos: | |
| Derzeitiger Stand: _____ Euro | | |
| 6. Wertpapiere | | |
| Art: | Anzahl: | <input type="checkbox"/> Nennbetrag _____ Euro |
| | | <input type="checkbox"/> Kurswert _____ Euro |
| 7. Bausparvertrag | | |
| Anstalt: | Nummer des Vertrages: | |
| Vertragssumme: _____ Euro Angesparter Betrag: _____ Euro | | |
| 8. Lebensversicherungen | | |
| Anstalt: | Art: | |
| Nummer des Versicherungsscheines: | | |
| Versicherungssumme: _____ Euro | | |
| Name des Berechtigten: | | |
| 9. Rechtsschutzversicherung | | |
| Anstalt: | Gegenstand: | |
| Nummer des Versicherungsscheines: | | |
| Versicherungssumme: _____ Euro | | |
| 10. Forderungen (Unterhaltspflichten siehe Abschnitt VI) | | |
| Name und Anschrift des Schuldners: | | |
| Höhe der Forderung: _____ Euro | | |
| 11. Sonstige Vermögensgegenstände | | |
| a) Gewerbe-, Pacht-, Urheber-, Patent-, Gesellschaftsrechte und Ähnliches: | | |
| b) Kraftfahrzeug: | | |
| Marke: | Type: | Baujahr: |
| Marke: | Type: | Baujahr: |
| c) sonstige Sachen von größerem Wert, wie Schmuck, Kunstgegenstände, Sammlungen, Boote, etc.: | | |
| Als Beleg schließe ich bei: | | |

II.5. Schulden (ohne Unterhaltsschulden, siehe Abschnitt II.6):

Art der Schulden (z.B. Ratenverpflichtungen, Darlehensschuld):

Name und Anschrift des Gläubigers:

Höhe der Schuld: _____ Euro

Als Beleg schließe ich bei:

II.6. Unterhaltsansprüche und -pflichten

1. Ich habe gegenüber (Name und Anschrift des Unterhaltsschuldners):

einen Unterhaltsanspruch – falls in Geld bestehend - in der Höhe von _____ Euro.

2. Ich habe gegenüber folgenden Personen Unterhaltungspflichten:

a) Ehefrau/Ehemann (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

b) früherer Ehefrau/früherem Ehemann (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

c) Kindern (Name, Alter und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

d) sonstigen Personen (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

Als Nachweis der Unterhaltungspflicht ist beigeschlossen (z.B. Gerichtsurteil, Vergleich):

Ich erkläre, dass meine Angaben über meine persönlichen Umstände wahr und vollständig sind, und nehme zur Kenntnis, dass im Falle der Erschleichung der Verfahrenshilfe durch unrichtige oder unvollständige Angaben

- 1. die einstweilen gestundeten Beträge und die Kosten der Vertretung durch einen Rechtsanwalt nachzuzahlen sind;**
- 2. eine Mutwillensstrafe verhängt werden kann;**
- 3. strafrechtliche Folgen eintreten können;**
- 4. eine zivilrechtliche Haftung für alle verursachten Schäden eintritt.**

Ort, Datum

Unterschrift ⁴

⁴ Im Falle einer Vertretung gemäß **I.2.** ist das Formular vom Vertreter zu unterschreiben.

Information zur Verfahrenshilfe

§ 8a Abs 1 VwGVG:

Soweit durch Bundes- oder Landesgesetz nicht anderes bestimmt ist, ist einer Partei Verfahrenshilfe zu bewilligen, soweit dies auf Grund des Art 6 Abs 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl. Nr. 210/1958, oder des Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. Nr. C 83 vom 30.03.2010 S. 389, geboten ist, die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint. Juristischen Personen ist Verfahrenshilfe sinngemäß mit der Maßgabe zu bewilligen, dass an die Stelle des Bestreitens der Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts das Aufbringen der zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel durch die Partei oder die an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten tritt.

Antragstellung/Einbringung

Der Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe kann ab Erlassung des Bescheids bzw. ab dem Zeitpunkt, in dem der Betroffene Kenntnis von der Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt erlangt hat, gestellt werden. Wird die Bewilligung der Verfahrenshilfe zur Abfassung und Einbringung einer Säumnisbeschwerde beantragt, kann dieser Antrag erst nach Ablauf der Entscheidungsfrist gestellt werden. Sobald eine Partei Säumnisbeschwerde erhoben hat, kann der Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe auch von den anderen Parteien gestellt werden.

Der Antrag ist ab Erlassung des Bescheids bis zur Vorlage der Beschwerde **bei der Behörde, die diesen ausgestellt hat**, sonst ab Vorlage der Beschwerde **beim Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

Für Verfahren über Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt ist der Antrag **unmittelbar beim Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

Bewilligungsvoraussetzungen

Die Verfahrenshilfe wird bewilligt, wenn

1. die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten, und
2. die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.

In dem Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe ist die Rechtssache bestimmt zu bezeichnen, für die die Bewilligung der Verfahrenshilfe begehrt wird. Es sind die erforderlichen Nachweise (Vermögensverzeichnis) und eine Kopie des Bescheids anzuschließen. Bei unvollständiger Antragstellung muss mit einer Versagung der Bewilligung gerechnet werden (Mitwirkungspflicht des Antragstellers).

Bewilligung

Die Bewilligung erfolgt durch Beschluss des Landesverwaltungsgerichts. Eine Beschlussausfertigung erhält die Rechtsanwaltskammer, die sodann einen Rechtsanwalt zum Vertreter bestellt.

Auswirkung auf die Beschwerdefrist

Wenn innerhalb der Beschwerdefrist die Verfahrenshilfe beantragt wird, so beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des **Beschlusses der Rechtsanwaltskammer über die Bestellung des Rechtsanwalts zum Vertreter** und des anzufechtenden Bescheids an den bestellten Vertreter neu zu laufen.

Wird der rechtzeitig (innerhalb der Beschwerdefrist) gestellte Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe **abgewiesen**, so beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an den Antragsteller neu zu laufen.

Die Bestellung des Rechtsanwalts zum Vertreter erlischt mit dem Einschreiten eines Bevollmächtigten.